

Walser besorgt wegen rechtsextremer Straftaten

Nationalrat Harald Walser präsentierte Rechtsextremismusbericht im Ländle.

Eine Besorgnis erregende Entwicklung sieht der Vorarlberger Grünen-Nationalratsabgeordnete Harald Walser in Sachen Rechtsextremismus. In Vorarlberg und auch in Gesamtösterreich sei in jüngster Zeit die Zahl der Taten und Anzeigen „regelrecht explodiert“. Dem heuer erstmals von den Grünen herausgegebenen Rechtsextremismusbericht zufolge gab es 2015 in Österreich 1156 rechtsextreme Tathandlungen. Im Jahr davor waren es noch 750 gewesen. Dies entspreche einer Steigerung von 54 Prozent. Einen ähnlichen Anstieg habe es in Vorarlberg gegeben.

Walser bemängelt in diesem Zusammenhang vor allem, dass die Behörden meist von nicht vernetzten Einzeltätern sprechen würden. Und das obwohl die Mitglieder der rechtsextremen Szene in Vorarlberg in intensivem Kontakt mit Gleichgesinnten in anderen Bundesländern und auch im Ausland seien. So seien etwa Vorarlberger Aktivisten bei Demonstrationen der Identitären in Spielberg aufgetreten.

Der Grünen-Nationalrat erzählt auch vom Konzert einer ungarischen Neonazi-Band, das einem Bericht des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zufolge heuer

im März in Vorarlberg über die Bühne gegangen ist. Unbemerkt von den Behörden, sagt Walser. Ursprünglich sei der Auftritt der Band im deutschen Bundesland Thüringen geplant gewesen. „Nachdem das Konzert dort jedoch verboten wurde, wurde es in Vorarlberg durchgeführt. Das zeigt, wie gut die Szene vernetzt ist“, ist der Politiker überzeugt.

Aus seiner Sicht wird seitens der Behörden die Bedeutung der rechtsextremen Szene unterschätzt. Gleichzeitig sei der Verfassungsschutz personell zu schwach besetzt. „Es braucht mehr Beamte, wenn die Exekutive die Aktivitäten von Rechtsextremen, Islamisten oder Motorradgangs überwachen soll. Mit dem derzeitigen Personalstand ist das kaum möglich“, betont Walser.

In Hohenems präsentiert

Gemeinsam mit seinem Parteikollegen Karl Öllinger war der Vorarlberger Nationalratsabgeordnete am gestrigen Abend in Hohenems zu Gast. Dort haben die beiden Politiker den Rechtsextremismusbericht vorgestellt. Dieser wurde bis zum Jahr 2002 vom Innenministerium herausgegeben. „Auf Initiative der schwarz-blauen Bundesregierung wurde dieser dann jedoch eingestellt.“

MICHAEL STEINLECHNER



Vorarlberger Rechtsextreme sind gut vernetzt, warnt Grünen-Nationalrat Harald Walser. APA



Im Dienstleistungszentrum Blumenegg in Thüringen sind Bauamt und Wertstoffsammlung angesiedelt. HOFMEISTER

Mehr Transparenz

In Baurechtsverwaltungen sollten Kosten und Leistungen besser dokumentiert sowie Strukturen definiert werden, sagt Rechnungshofdirektorin Egger-Bargehr.

SONJA SCHLINGENSIEPEN

Sparsam und zweckmäßig sollte innerhalb der Gemeindekooperationen gearbeitet werden. Genau aus diesem Grund wurden bereits vor Jahren auch die ersten Baurechtsverwaltungen gegründet. Jene Behörde also, die sich mit Bauverfahren beschäftigt. Sechs der Baurechtsverwaltungen, die bereits vor dem Jahr 2014 aktiv waren, hat Rechnungshof-

Chefin Brigitte Egger-Bargehr mit den Mitgliedern ihres Teams in den vergangenen Monaten genauer unter die Lupe genommen. „Wir haben untersucht, was die Einrichtungen tatsächlich für den Bürger und die Gemeinde bringen“, erklärt Egger-Bargehr. Der Haushalt der jeweiligen Gemeinden sowie Bauverfahren seien dabei aber nicht Gegenstand der Prüfung gewesen.

Schätzungen notwendig

Konkrete Zahlen – etwa wie viel Geld sich die Bürgermeister einer Gemeinde durch die teilweise Auslagerung der Tätigkeiten gespart haben – konnte die Direktorin des Landesrechnungshofes nicht nennen. Zu unterschiedlich würde innerhalb der einzelnen Baurechtsverwaltungen gearbeitet. So würden zum Teil auch gemeindeeigene Hoch- und Tiefbautä-